

Übersichten

August 2004

Außenpolitik

1 Anti-japanische Ausschreitungen während des Asien-Cups in China

Es ist hinlänglich bekannt, dass ein Fußballspiel die Emotionen der Fans zum Kochen bringen kann und insbesondere ein Länderspiel Nationalgefühl intensiviert. Die jüngsten Ereignisse dieser Art in China nahmen jedoch bedenkliche Ausmaße an. Der vom 17. Juli bis 7. August erstmals in China ausgetragene Asien-Cup, an dem 16 Nationen teilnahmen und der als bedeutendstes asiatisches Fußballturnier gilt, offenbarte sich unter den chinesischen Fans mehrfach als ein direktes Forum anti-japanischer Agitation. Da die überwältigende Mehrheit der chinesischen Zuschauer grundsätzlich gegen einen Sieg der japanischen Mannschaft war, sahen sich die Japaner in sämtlichen von ihnen bestrittenen Spielen Angriffen verschiedenster Art ausgesetzt.

Dass die japanischen Spieler regelmäßig ausgebuht wurden, wann immer sie im Ballbesitz waren, gilt zwar nicht als besonders sportlich, ist jedoch kei-

neswegs selten; das Auslachen verletzter japanischer Spieler, das Bewerfen mit Müll und Beschimpfen von japanischen Fans sowie der Versuch, die japanische Nationalhymne durch Buhrufe zu stören, sind jedoch allemal als grobe Unsportlichkeit des Publikums einzustufen. Für die japanischen Fußballer wurde der Weg zum Hotel teilweise zu einem Spießrutenlauf, so, als ihr Mannschaftsbus nach einem Spiel von chinesischen Fans umstellt und mit Flaschen beworfen wurde.

Die anti-japanischen Tumulte begannen, als in Chongqing Vorrundenspiele gegen Japan stattfanden. Zur Zeit der japanischen Besetzung war die Stadt provisorische Hauptstadt der chinesischen Republik, wodurch sie für das Sportereignis einen hohen symbolischen Wert besaß. Als auch das Viertelfinale zwischen Jordanien und Japan an diesem heiklen Ort stattfand, wurden auf Transparenten in den Zuschauerreihen auch direkte politische Forderungen gestellt. „Blickt in die Geschichte, entschuldigt Euch bei den Menschen in Asien“ und „Gebt uns die Diaoyu-Inseln zurück“, war darauf zu lesen. Die zahlreichen chinesischen Sicherheitskräfte sorgten für die Konfiszierung dieser Transparente, deren Träger verschwanden jedoch in der Masse.

Die relative Anonymität in den Zuschauerreihen eines Fußballspiels bietet eine ideale, verhältnismäßig gefahrlose Möglichkeit, um als Protestfläche genutzt zu werden, deutete der chinesische Politik-Journalist und Experte der chinesisch-japanischen Beziehungen Yu Jie die anti-japanischen Proteste. Er interpretierte die patriotischen Gefühle vieler Chinesen zum großen Teil als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der eigenen gesellschaftlichen Situation. (IHT online, 4.8.04)

Die chinesische Führung bemühte sich zwar, die rassistischen Angriffe verbaler als auch tätlicher Art gegenüber Japanern unter Kontrolle zu bekommen, ist aber selbst auch nicht unschuldig an den offenkundigen Hassgefühlen gegenüber den japanischen Nachbarn. Fast 60 Jahre nach dem Ende der japanischen Invasion in China sind weniger als 6% der chinesischen Bevölkerung den Japanern freundlich gesinnt. Über 43% der Chinesen hingegen haben entgegengesetzte Gefüh-

le, wie eine Studie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften ergab. (ST, 14.8.04) Insbesondere, seit in den 1990er Jahren die sozialistische Bildung durch eine patriotische Erziehung ersetzt wurde und dabei der chinesische Widerstand gegen die Japaner und die Grausamkeit der japanischen Besatzer ins Zentrum gerückt wurden, entwickelte die junge chinesische Generation zunehmend Hassgefühle gegenüber den Japanern, analysierte Prof. Amako in der chinesischen Zeitschrift *Strategie und Management*. (ST, 14.8.04)

Nach Ansicht vieler Chinesen hat sich Japan niemals wirklich aufrichtig für seine kriegerischen Handlungen gegenüber China entschuldigt. Die gemeinsame Erklärung von 1972, in der Japan seine Reue für die gegen China geführten Kriege ausdrückt und China im Gegenzug seine Ansprüche auf Reparationsleistungen aufgab, wird insbesondere in jüngerer Zeit nicht mehr als Entschuldigung akzeptiert. Speziell seit der Amtsübernahme von Ministerpräsident Junichiro Koizumi im Jahr 2001, und dessen wiederholten Besuchen des Yasukuni-Schreins, verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn zeitweilig dramatisch. (Vgl. C.a., 2004/1, Ü 5)

Die chinesische Regierung steht den Ressentiments ihrer Landsleute gegenüber Japanern bis zu einem gewissen Grad wohlwollend gegenüber und schürt diese Emotionen auch, zieht sie doch ihre eigene Legitimität teilweise aus dem Widerstand gegen die japanische Besetzung, wie auch Peter Gries, Autor des Buches *China's New Nationalism: Pride, Politics and Diplomacy*, zu Bedenken gibt. Anderenfalls würde wohl entschieden härter durchgegriffen werden, wenn wieder einmal anti-japanische Proteste im Streit um die Diaoyu-Inseln aufflammten oder japanische Flaggen vor deren Botschaft verbrannt werden. (Vgl. C.a., 2004/3, Ü 3) Es ist der chinesischen Führung jedoch bewusst, dass der erstarken Nationalismus und die rassistischen Vorfälle im Rahmen des Asien-Cups eine nicht geringe Gefahr des Verlustes an internationaler Reputation bergen, wurden aufgrund der Ereignisse doch schon Zweifel an der Eignung Beijings als Olympischer Gastgeber im Jahr 2008 laut. (WSJ, 4.8.04) Auch der

Versuch der chinesischen Führung, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum japanischen Nachbarn zu verbessern, kann durch die populären anti-japanischen Empfindungen eines großen Teils seiner Bevölkerung negativ beeinflusst werden. (IHT online, 9.8.04)

In Japan verfolgte man die Ereignisse während des Asien-Cups auch auf höchster politischer Ebene mit großer Aufmerksamkeit. Das japanische Außenministerium rief die chinesische Führung dazu auf, ihre Fans bei Fehlverhalten zu zügeln, und Ministerpräsident Koizumi appellierte daran, politisches Denken nicht in sportliche Ereignisse hineinzutragen. Einen Tag vor dem Endspiel äußerte er die Hoffnung, das zwischen China und Japan stattfindende Finale werde friedlich verlaufen und von sportlichem Geist geprägt sein. (WSJ, 4.8.04; Kyodo News Service, 5.8.04, nach BBC PF, 5.8.04) Auch in staatlichen chinesischen Zeitungen wurde mehrfach zu Zurückhaltung und „gutem Benehmen“ ermahnt.

Trotz Aufrufen dieser Art erreichten die aktuellen xenophobischen Attacken insbesondere junger Chinesen während und nach dem Endspiel ihren Höhepunkt. Aus einigen Ecken des Stadions drangen wiederholt Sprechchöre mit den Worten „Tötet sie! Tötet sie! Tötet sie!“ sowie der Text eines Liedes aus der Zeit des Widerstands gegen die Japaner: „Möge ein großes Schwert die Köpfe der japanischen Teufel abschlagen“. (IHT online, 9.8.04) Die Hetzjagd eines kleinen Teils der Fußballfans brach insbesondere nach der Niederlage der chinesischen Fußballer gegen die japanische Mannschaft mit 1:3 nicht ab. Trotz der Appelle an die Zuschauer, die über staatliche Medien, Plakate und Lautsprecheransagen im Beijinger Volkstadion zu „zivilisiertem“ Verhalten aufriefen, wurden nach dem Spiel japanische Flaggen verbrannt, die Scheibe des Autos eines japanischen Diplomaten bei dessen Abfahrt eingeschlagen und der Teambus der Japaner mit Flaschen beworfen. Es dauerte mehr als zwei Stunden, bis die etwa eintausend japanischen Fans über einen Hinterausgang auf sicherem Weg aus dem Stadion geleitet werden konnten, da der Haupteingang von einer Menge wütender Chinesen umringt wur-

de, die auf die japanischen Fans warteten. (WSJ, 18.8.04) Es kam zum Teil zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen einige Personen festgenommen wurden. Die große Mehrheit der Zuschauer beherzigte jedoch den Aufruf zur Besonnenheit und verließ das Stadion friedlich.

Der scheidende chinesische Botschafter in Japan, Wu Dawei, entschuldigte sich wenige Stunden nach dem Ereignis für das Verhalten *einiger* Fußballfans und nannte die Zwischenfälle „bedauerlich“. Er hatte dem japanischen Ministerpräsidenten Koizumi vor dem Endspiel zugesichert, China werde „angemessene Maßnahmen“ treffen, um die japanische Seite vor unbeherrschtem Verhalten chinesischer Fans zu schützen. (Kyodo News Service, 5.8.04, nach BBC PF, 5.8.04) Auch die Beijinger Polizei entschuldigte sich für die mit dem Angriff auf den Diplomatenwagen in Zusammenhang stehenden unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen. Führende japanische Politiker wie Ministerpräsident Koizumi und Außenministerin Yoriko Kawaguchi sowie der oberste Regierungssprecher Hiroyuki Hosoda versuchten die Zwischenfälle jedoch abzuwehren und lobten die chinesische Regierung für ihr Bemühen, die Risiken für die japanischen Bürger reduziert zu haben. „Obwohl es in einer Reihe von Spielen zu bedauerlichen Ereignissen gekommen ist, hat die chinesische Regierung dennoch ihr Bestes getan“ sagte Kawaguchi gegenüber Wu. Die jüngste unerfreuliche Episode in den Beziehungen zwischen Chinesen und Japanern dürfte daher, zumindest auf dem diplomatischen Parkett, keine zusätzlich negativen Auswirkungen auf die ohnehin schwierigen Beziehungen beider Staaten haben. (WSJ, 4., 18.8.04; IHT online, 4., 9.8.04; FT, 7./8.8.04, S.7; Kyodo News Service, 5., 9.8.04, nach BBC PF, 5., 9.8.04; ST, 10., 14.8.04) -cam-

2 Arbeitsgruppengespräche von Nordkorea vorerst abgesagt

Die sechs in die Verhandlungen um eine Lösung in der nordkoreanischen Atomfrage einbezogenen Staaten China, USA, Nordkorea, Südkorea, Ja-

pan und Russland hatten sich zunächst dafür ausgesprochen, das geplante Arbeitsgruppentreffen zur Vorbereitung der kommenden Sechs-Parteien-Gespräche um den 17. August herum stattfinden zu lassen. (Kyodo News Service, 4., 12.8.04, nach BBC PF, 4., 12.8.04) Hierzu kam es jedoch nicht. Schon zu Beginn des Monats gab es Anzeichen für eine Verzögerung des Treffens, als der chinesische Sonderbeauftragte Ning Fukui gegenüber seinem japanischen Kollegen Akitaka Saiki Alternativtermine im September benannte. (Kyodo News Service, 4.8.04, nach BBC PF, 4.8.04) Der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge lehnte die nordkoreanische Seite zunächst einen frühzeitigen Termin für die geplanten Arbeitsgruppengespräche ab, um ihre Opposition zum während der Juni-Gespräche dargelegten amerikanischen Lösungsvorschlag zum Ausdruck zu bringen. (Vgl. C.a., 2004/6, Ü 1) In einer Erklärung des Außenministeriums sagte Nordkorea seine Teilnahme an dem Treffen, bei dem insbesondere technische Aspekte des komplexen Themas diskutiert werden sollten, am 16. August sogar gänzlich ab.

Aktueller Hintergrund war ein Wahlkampfauftritt George W. Bushs in Wisconsin, währenddessen er dem nordkoreanischen Führer Kim Jong Il Tyrannei vorwarf. Die Nordkoreaner konterten mit heftigster Kritik und nannten den amerikanischen Präsidenten ihrerseits einen „Idiot, Ignorant, Tyrann und Mörder“, dem jede Moral fehle und „der Hitler in den Schatten stelle“. (*Berliner Zeitung*, 24.8.04) Die Grundlage für Gespräche sei durch die „feindliche Politik“ der Vereinigten Staaten zerstört worden, hieß es weiter in der Erklärung, was es Nordkorea unmöglich mache, an dem geplanten Treffen teilzunehmen. (Kyodo News Service, 17., 18.8.04, nach BBC PF, 17., 18.8.04)

Trotz dieses heftigen verbalen Schlagabtausches zeigte sich Ning Fukui weiterhin zuversichtlich, was den generellen Fortbestand des Diskussionsprozesses der sechs Seiten anbelangt. Laut Einschätzung Nings werde sich Nordkorea in der derzeitigen Situation nicht aus dem Sechs-Parteien-Gesprächsprozess zurückziehen, so berichteten chinesische Medien. (Kyodo News Service, 17.8.04, nach BBC

PF, 17.8.04) Im Gegenzug für einen totalen Abbruch des gesamten nordkoreanischen Atomprogramms kann das verarmte Land unter anderem mit dringend benötigter Beihilfe im Energie- und Konsumgüterbereich rechnen. Der Hauptstreitpunkt in den Verhandlungen besteht derzeit im Vorwurf, Nordkorea verfüge über das von ihm eingestandene Atomprogramm hinaus auch über ein Programm zur Anreicherung von Uran, was von Pyonyang weiterhin abgestritten wird. (Vgl. C.a., 2004/6, Ü 1)

Obwohl die offiziellen Arbeitsgruppen-gespräche im August nicht zustande kamen, fanden während des Monats doch bilaterale Gespräche zwischen China und allen anderen fünf beteiligten Staaten statt, um weitere Lösungsschritte zu diskutieren. Darüber hinaus nahmen, bis auf Vertreter Russlands, Delegationen aller verhandelnder Parteien an einem zweitägigen informellen Treffen zur nordostasiatischen Sicherheit in New York teil, bei dem auch die Nordkorea-Frage erörtert wurde. Unbestätigten Berichten zufolge wurde der amerikanische Sonderbeauftragte für Koreanische Angelegenheiten, Joseph DeTrani, dort in Gesprächen mit dem nordkoreanischen Verantwortlichen für amerikanische Angelegenheiten, Li Gun, gesehen. Das Treffen wurde als offen, ehrlich und konstruktiv bewertet, spiegelte jedoch nicht unbedingt die offizielle Meinung der Staaten wider. (XNA, 11.8.04)

Von allen beteiligten Verhandlungspartnern hat China, durch seine „traditionelle Freundschaft“ zu Nordkorea den größten Einfluss auf das ansonsten weltweit politisch isolierte Land. Dies brachte der chinesischen Seite auch ihre Rolle als Mittler zwischen den Parteien und Organisator der seit August letzten Jahres stattfindenden Verhandlungen ein. Käme es jedoch nach gescheiterten Einigungsgesprächen tatsächlich zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Nordkorea, so wäre es, wie von der *International Herald Tribune* dargelegt, mehr als fraglich, ob China tatsächlich, wie vom sino-nordkoreanischen Freundschaftsvertrag des Jahres 1961 verlangt, direkt und zu Gunsten Nordkoreas intervenieren würde. Der Ver-

trag scheinere der Volksrepublik mittlerweile eher eine Bürde zu sein, fühle sich Beijing doch nicht länger dazu verpflichtet, als Pyonyangs „großer Bruder“ aufzutreten, führt das Blatt weiter aus. (IHT online, 7.8.04)

Sollte die jüngst in der von einem Regierungsnahen Institut herausgegebenen chinesischen Zeitschrift *Strategie und Management* geäußerte harsche Kritik an Nordkorea tatsächlich, wie im *Spiegel* dargestellt, als Standpunkt der chinesischen Regierung gedeutet werden können, so müsste sich die nordkoreanische Führung doch ernsthaft Gedanken um die zukünftige Unterstützung durch ihren einzig verbliebenen Freund China machen. Der Artikel des Magazins kritisierte die „massive politische Verfolgung“ durch Kim Jong Il bei zugleich „erbärmlichen“ Verhältnissen in Nordkorea, die allein dazu diene, die „Erbherrschaft seiner Familie zu sichern“. Er forderte die chinesische Regierung dazu auf, angesichts der „extrem linken Politik“ der nordkoreanischen Führung ihre „bedingungslose Unterstützung“ für das „unempfängliche“ Regime zu korrigieren. Die nordkoreanische Seite verstand dies in der Tat sogleich als politischen Affront und schloss, mit der fadenscheinigen Begründung, die jährliche Quote für chinesische Touristen sei bereits erfüllt, ihre Grenzen zu China auf unbefristete Zeit. (*Der Spiegel*, 30.8.04, S.90) Ob dieser Zwischenfall auch Auswirkungen auf den ohnehin von verschiedenen Seiten bereits angezweifelten chinesischen Einfluss in den Verhandlungen mit Nordkorea hat, bleibt abzuwarten. (Yonhap, 1., 2.8.04, nach BBC EF, 1., 2.8.04; Yonhap, 14., 29.8.04, nach BBC PF, 14., 29.8.04; Xinhua, 5., 29.8.04, nach BBC PF, 5., 29.8.04; XNA, 17., 19.8.04) -cam-

3 Beginnender indisch-chinesischer Austausch in sensiblen Bereichen aber neuer Streit um See in Tibet

Anlässlich des 58. Jahrestages der Unabhängigkeit sprach Indiens Premierminister Manmohan Singh von der „höchsten Priorität“, die man den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten einräume. Für China bedeute dies

insbesondere, dem Diskussionsprozess um die noch ungeklärten Grenzfragen mit Umsicht und Annäherung zu begegnen. Die Grenzgespräche über die von Indien geforderten 38.000 qkm in Kashmir und die von Beijing beanspruchten 90.000 qkm im indischen Staat Arunachal Pradesh sollen im September fortgeführt werden. Jedoch werden auch in dieser Runde, wie die *China Daily* berichtet, keine bahnbrechenden Ergebnisse erwartet.

Kooperationsbereitschaft zwischen Indien und China zeigt sich derzeit auch auf anderen Gebieten. Während zum ersten Mal eine indische Polizeidelegation China besuchte, wurde eine Zusammenarbeit zwischen der indischen Polizei und der chinesischen PAP (People's Armed Police, eine bewaffnete Miliz mit Polizeiaufgaben) vereinbart, um vor allem terroristischen Aktivitäten entlang der Grenzen beider Länder in Zukunft besser entgegenzutreten zu können. Auch im Armeebereich scheinen sich die beiden Länder vorsichtig anzunähern. Eine erste kleinere Militärübung chinesischer und indischer Grenztruppen fand Ende August in Tibet auf 4.150 Metern Höhe statt. Nähere Einzelheiten wurden allerdings nicht bekannt. Die ersten indisch-chinesischen Seemanöver hatten bereits im vergangenen November stattgefunden.

Als Störfaktor in den Beziehungen gilt derzeit jedoch ein See in Tibet: Durch einen Erdbeben Anfang Juli wurde der Fluss Pare Chu, ein Nebenfluss des Sutlej, 35 km von der Indischen Grenze entfernt zu einem See aufgestaut. Laut eines indischen auf Satellitenbildern basierenden Reports soll jedoch nicht ein Erdbeben, sondern eine Anhäufung von Bauschutt eines chinesischen Straßenbauprojektes für den Stau des Wassers verantwortlich sein. Die chinesische Botschaft in Neu-Delhi wehrte sich jedoch entschieden gegen diese Anschuldigung, im Umkreis von 30 km um den See gäbe es keine Straßenbauprojekte. Die natürlich entstandenen Dämme des Sees drohen nun zu brechen. Würde dies geschehen, würden etliche Dörfer im Staat Himachal Pradesh überschwemmt werden. Die indische Regierung hat bereits 3.000 Menschen aus 300 Dörfern evakuiert. Die chinesische Regierung habe Indien über einen potenziellen Dammbau informiert und

Vorbereitungen für eine mögliche Katastrophe empfohlen, so ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. China verweigerte bisher jedoch Indiens Zentraler Wasserkommission eine Ortsbegehung, um die Festigkeit des Damms zu überprüfen. Der Wasserpegel steigt neun cm pro Tag, die erwarteten starken Regenfälle könnten das Ansteigen des Wassers noch beschleunigen. Indien sandte daraufhin inoffizielle Kundschafter an den mittlerweile 38 km langen und 804 m breiten See, um Informationen über den Zustand des Damms zu sammeln. Über Chinas Reaktionen auf die ungebetenen Kundschafter wurde bislang nichts bekannt. Ganz gleich, ob der See durch einen natürlichen Erdbeben oder die vermutete Lagerung von Bauschutt entstanden ist, machen die indischen Anschuldigungen und die chinesische Informationspolitik doch erneut deutlich, dass das bilaterale Verhältnis trotz der Annäherungen der letzten Jahre noch keineswegs auf beiderseitigem Vertrauen basiert. (XNA, 15.8.04; Xinhua, 12.8.04, nach BBC PF, 12.8.04; ST, 30.8.04; SCMP, 19., 24.8.04; PTI news agency, New Delhi, 10., 15., 17.8.04, nach BBC PF, 10., 15., 17.8.04; *Sunday Morning Post*, Hongkong, 29.8.04, nach BBC PF, 29.8.04) -eva-

4 Viel Lärm um altes Königreich zwischen China und Südkorea

Dass es oftmals die kleinen Irritationen sind, die schnell zu einem großen Konfliktpotenzial in der Außenpolitik heranwachsen können, zeigt die Geschichte um ein altes Königreich, das zwar bereits vor 1.300 Jahren von der Landkarte verschwand, in den vergangenen Monaten jedoch für die heftigsten diplomatischen Spannungen zwischen China und Südkorea seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor zwölf Jahren sorgte.

Es begann alles ganz harmlos, als eine chinesische staatliche Untersuchung, begonnen i.J. 2002, vor einigen Monaten die Ergebnisse ihrer Forschungen präsentierte, die besagten, das alte koreanische Königreich namens Koguryo sei eindeutig ein chinesischer Vasallenstaat gewesen und somit nicht, wie die bislang weitläufige Meinung,

die Wiege der koreanischen Zivilisation. Als Begründung wurde angeführt, dass zwei Drittel des Territoriums des alten Königreiches innerhalb der heutigen Grenzen Chinas lagen. Das Königreich Koguryo kontrollierte in der gleichnamigen Dynastie von 37 vor Christus bis 668 nach Christus den nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel, Teile des heutigen Südkoreas und dehnte sich bis in den nordöstlichen Teil der heutigen Mandschurei aus. Relikte des alten Königreiches sind sowohl in China, als auch in Nord- und Südkorea zu finden.

Nahezu zeitgleich angestellten koreanischen Studien zufolge war Koguryo eines von drei Königreichen in der Ära der „drei Reiche“ im alten Korea. Nach der bislang allgemein gültigen koreanischen Geschichtsschreibung war das Königreich ein unabhängiger Staat, der sich bis zu seiner Zerstörung im siebten Jahrhundert des Öfteren erbitterte Kämpfe mit China geliefert haben soll. Koguryo, die Wurzel des Namens „Korea“, sei demnach weiterhin als untrennbarer Teil koreanischer Geschichte zu betrachten.

Bereits im April diesen Jahres wurde das Thema zum Politikum: China reagierte auf die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen, und entfernte kurzerhand Verweise auf Koguryo mit Bezug auf Korea von der Internetseite des chinesischen Außenministeriums. Als dann auch noch im Juli Grabmalereien aus der Zeit des Königreiches aus China und Nordkorea zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurden, war dies für China Anlass genug, die gesamte koreanische Geschichte, von den Anfängen bis 1948, der Gründung Südkoreas, von der Webseite des Außenministeriums verschwinden zu lassen und damit Koguryo offiziell zu einem Teil der chinesischen Geschichte zu machen. Offizielle Proteste der regierenden Uri Partei Südkoreas, China solle aufhören, die Geschichte zu verdrehen und Koguryo als Teil koreanischer Geschichte anzuerkennen, sowie diplomatische Konsultationen beider Seiten, konnten die verfahrenere Situation bis dato nicht retten. Weit reichende Schäden für die sino-koreanischen Beziehungen wurden von südkoreanischer Seite nicht ausgeschlossen. Südkoreas Außenminister Ban Ki-moon sprach davon, Chinas Haltung erschüttere die

nationale Identität eines jeden Koreaners „bis auf die Grundmauern“. Seine Hauptsorge sei es, China könne die „verdrehte Geschichte Koguryos“ in Geschichtsbüchern drucken. China wich jedoch, von den Protesten gänzlich unbeeindruckt, bis zu diesem Zeitpunkt kein Stück von seinem Standpunkt ab und war auch nicht bereit, die Darstellung auf der Webseite des Außenministeriums wieder zu revidieren.

Unerwartete Unterstützung erhielt Südkorea aus Nordkorea, wo Stimmen, wenn auch sehr viel verhalten, laut wurden, die China beschuldigten, die Geschichte für eigene Interessen zu manipulieren. Gespräche zwischen dem Süden und dem Norden über die gemeinsame Geschichte und deren zukünftigen Schutz kamen langsam in Gang, Abgeordnete aus Südkorea besuchten Pyongyang, die letzte Hauptstadt von Koguryo vor seinem Zerfall, um die Relikte zu besichtigen. Zeitgleich schlugen die antichinesischen Wellen in Südkorea immer höher: Neben Demonstrationen in Seoul wurde in der Presse ein Bericht der „Gesellschaft für koreanische Geschichte“ veröffentlicht, in dem die Ansicht vertreten wurde, China verfolge mit seinen Ansprüchen auf die koreanische Geschichte einzig und allein das Ziel, im Falle einer Wiedervereinigung Koreas, seine Grenz- und Gebietsansprüche von vornherein klarzustellen um somit nicht Gefahr zu laufen, ein wiedervereinigtes Korea könnte ob der historischen Wurzeln Gebietsansprüche in der Mandschurei geltend machen.

Schließlich schickte China, um die diplomatischen Verstimmungen auszuräumen, am 24. August den ehemaligen Südkorea-Diplomaten Wu Dawei, der für diese Mission kurzerhand zum Vize-Außenminister ernannt wurde, nach Seoul. Ergebnis der Gespräche Wus mit Außenminister Ban Ki-moon und anderen Offiziellen war ein sehr vage formuliertes „mündliches fünf-Punkte-Abkommen“. Von koreanischer Seite hieß es, man habe nicht ausreichend Zeit gehabt, die Punkte schriftlich zu fixieren. In dem vielseitig interpretierbaren und aussageschwachen Abkommen sei zwar von chinesischer Seite nicht explizit erwähnt worden, China werde von nun an Koguryo als Teil koreanischer Geschichte be-

greifen, jedoch verstehe man das Abkommen so, als hätte es ein solches Zugeständnis gegeben, so Ban Ki-moon. China habe schließlich Verständnis für Südkoreas Position in dem Streit gezeigt und nehme durchaus wahr, dass die Frage zu einer ernstesten Angelegenheit beider Länder geworden ist. Eine Wiederaufnahme des Hinweises auf die koreanische Geschichte auf die Webseite des Außenministeriums wurde von chinesischer Seite jedoch weiterhin ausdrücklich abgelehnt. Wu sprach sich außerdem dafür aus, das schwierige Thema fortan als wissenschaftliche, nicht als politische Debatte weiterzuführen. Diese Farce eines mündlichen Abkommens führte innerhalb der südkoreanischen Regierung zu heftiger Kritik, sowohl bei der Regierungs-, als auch bei der Oppositionspartei. (XNA, 28.8.04; Xinhua, 28.8.04, nach BBC PF, 28.8.04; ST, 7., 28.8.04; IHT, 17., 25.8.04; SCMP, 24.8.04; FT; 28.8.04; Yonhap news agency, Seoul, 5.8.04, nach BBC EF, 5.8.04; Yonhap news agency, Seoul, 6., 9., 11., 13., 18., 20., 24., 26., 27.8.04, nach BBC PF, 6., 9., 11., 13., 18., 20., 24., 26., 27.8.04; Choson Ilbo web site, Seoul, 9., 11., 26.8.04, nach BBC PF; 9., 11., 26.8.04) -eva-

5 Allwetterfreundschaft wie gehabt zwischen China und Pakistan

Während des Besuchs des pakistanischen Senatsvorsitzenden Muhammad Mian Soomro vom 2. bis 4. August in Beijing wurde wieder einmal die so oft zitierte „Allwetterfreundschaft“ beschworen, die China und Pakistan traditionell verbindet. Soomro traf mit seiner Delegation in der Großen Halle des Volkes mit Vizepremier Wu Bangguo, dem Vorsitzendem des Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz Jia Qinglin und anderen Regierungsmitgliedern zu einem Bankett zusammen. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor über 50 Jahren, so Wu, haben sich diese Jahr für Jahr vertieft und entwickelt, ungeachtet der sich ständig wandelnden internationalen Lage. Jia setzte sich in seinen Gesprächen vor allem für einen weiteren Ausbau des Austauschs auf Parlamentsebene ein. Beide versicherten dem pakistanischen Gast, China werde immer hinter Pakistan stehen,

egal ob in regionalen oder internationalen Belangen. Die Volksrepublik ist Pakistans Hauptwaffenlieferant. In einem Gespräch mit Wen Jiabao zeigte sich Soomro besonders erfreut über die Normalisierung der pakistansisch-indischen Beziehungen und drückte seine Hoffnung dahingehend aus, dies würde zu einem friedlichen und stabilen Südasien führen. Wen kündigte einen baldigen Gegenbesuch in Pakistan an.

Einigkeit zwischen beiden Ländern wurde auch bei einer ersten chinesisch-pakistanischen Anti-Terror-Übung demonstriert. Unter dem Motto „Freundschaft 2004“ fand diese am 6. August in Xinjiang im Gebiet von Taxkorgan an der Grenze zu Afghanistan und Pakistan im Pamirgebirge statt. Insgesamt nahmen mehr als 200 Soldaten und Offiziere der Xinjiang-Grenzverteidigungseinheit der Volksbefreiungsarmee und der Pakistan-Grenzverteidigungseinheit der pakistanischen Armee an den Übungen teil. Nach einem ersten Seemanöver mit Pakistan im Oktober vor der Küste Shanghais, galt die Übung in Xinjiang nun als Fortsetzung der Zusammenarbeit im Militärbereich. Während allerdings Pakistan den Ort des Manövers rein pragmatisch als „zwischen den beiden Ländern liegendes Gebiet“ beschreibt, war von chinesischer Seite wohl eher die Abschreckung gegen einen wachsenden islamischen Fundamentalismus der „ostturkestanischen Kräfte“ und der „Kampf gegen den innerchinesischen Terrorismus“ entscheidend für die Ortswahl. (XNA, 4., 6.8.04; Xinhua, 2.8.04, nach BBC PF, 2.8.04; WSJ, 6.8.04; Associated Press of Pakistan news agency, Islamabad, 3., 4., 7., 29.8.04, nach BBC EF, 3., 4., 7., 29.8.04; PTV World, Islamabad, 4.8.04, nach BBC PF, 4.8.04; *Ta Kung Pao* web site, Hongkong, 30.7.04, nach BBC PF, 30.7.04) -eva-

Innenpolitik

6 China feiert den 100. Geburtstag von Deng Xiaoping

Die parteistaatliche Führung beging im August landesweit den Geburtstag des 1997 verstorbenen Deng Xiao-

ping. Am 22. August wäre der ehemalige Führer der KPCh hundert Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fand in Beijings „Großer Halle des Volkes“ eine Gedenkveranstaltung statt, an der nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua über 6.000 Menschen teilnahmen. Staats- und Parteichef Hu Jintao bezeichnete Deng in einer Rede als großen Führer mit „hohem moralischen Charakter, weiten und hohen Idealen, herausragendem Mut und Scharfsinn sowie revolutionärem Stil“.

Bereits im Vorfeld des Geburtstages hatten Partei und Regierung eine Kampagne zur Erinnerung an den Modernisierer Deng angestoßen. Zum Monatsanfang gab das parteieigene Literaturverlagshaus die offizielle Biographie des früheren Staats- und Parteichefs heraus. Wie die *Renmin Ribao* in einer Rezension schreibt, reproduziert das Buch *Chronologisches Leben von Deng Xiaoping* „auf realistische Art“ den Werdegang und das Wirken des Reformers. Auch andere Verlage veröffentlichten Jubiläumspublikationen. Für die zahlreichen Werke richteten Buchläden im ganzen Land Gedenksektionen in ihren Eingangsbereichen ein. Auch die staatlichen Medien erinnerten mit verschiedenen Beiträgen an den Mann, der 1978 die wirtschaftliche Reformära der Volksrepublik einleitete. Das Fernsehen zeigte Sonderprogramme und Spielfilme zu Deng Xiaoping. Zeitungen und Zeitschriften, wie etwa das kommunistische Journal „Wahrheitssuche“ (*Qiu-shi*), veröffentlichten in speziellen Kolumnen Gedenkartikel.

Sowohl in Beijing als auch in seiner Geburtsstadt Guang'an (Provinz Sichuan) wurde Deng Xiaoping mit umfangreichen Ausstellungen geehrt. In der Hauptstadt eröffnete Anfang August das Nationale Museum die Ausstellung „Deng Xiaoping, ein großer Mann des Jahrhunderts“. Mit über 320 historischen Fotos, 50 Dokumenten aus Parteiarchiven und mehr als 140 Gegenständen wollten Partei und Kulturministerium dem Volk „Zuversicht schenken, dem Pfad des Sozialismus chinesischer Prägung zu folgen“, so die Nachrichtenagentur Xinhua. In Dengs Heimatstadt enthüllte Staatschef Hu Jintao zu Ehren des Verstorbenen eine lebensgroße bronzene Statue, die den Reformier in freundlich lä-